

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. A. Sals, Hofstr., Gr. Gerber- u. Breitestr. = Ed., Otto Kiehl, in Firma J. Kammann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Weichsel bei P. Malinski, in Breschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Paube & Co., Saatenlein & Bogler, Rudolf Pöhl und „Zusatzblatt“

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: G. Fouane, Dr. Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Ar. 867

Donnerstag, 11. Dezember.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt über breiten Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

38. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr. Das Haus genehmigt in der Schlussabstimmung endgültig die Helgolandvorlage und setzt sodann die erste Beratung des Etats fort.

Abg. Graf Behr (Rp., auf der Tribüne unverständlich) tritt den Ausführungen des Abg. Richter betreffs der Invalidentversicherung entgegen. Wenn erst das Gesetz in Kraft getreten sein werde, würden die Arbeiter seine segensreiche Wirkung ebenso wie die der früheren sozialpolitischen Gesetze anerkennen. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Richter über die Zölle, welche er als notwendig für die Landwirtschaft erklärt. Wollte man aber die Agrarzölle aufheben, so müsste dasselbe mit den Industriezöllen geschehen. In Bezug auf die Gefahren aber, welche große Extraordinarien besonders in der Marineverwaltung nach sich ziehen, müsse er dem Abg. Richter zustimmen. Die Erzielung großer Ueberschüsse aus den Zöllen sei insofern kein Fehler, als diese ja den Einzelstaaten überwiesen werden. Doch werde man die Einnahmen aus der Branntweinsteuer sehr vorsichtig ansetzen müssen. Es bestehe eine große Beunruhigung über den demnächstigen Zustand unseres Zollwesens, und die Regierung müsste mit einer offenen Erklärung hervortreten, ob sie hierin einen neuen Kurs einzuschlagen beabsichtige und im Bundesrath bereits ein bezüglicher Antrag vorliege. Eine solche Erklärung sei um so notwendiger, als wenn sich die Nachricht bewahrheitete, der ganze Etat zur Aufbringung der dann ausfallenden Summen umgeändert werden müsste. Redner empfiehlt zum Schluss größtmögliche Beschränkung in den Ausgaben: nur dann werde es möglich sein, ohne Eröffnung neuer Einnahmequellen die Reichsaufgaben, namentlich auch die sozialpolitische Gesetzgebung durchzuführen.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.): Die Mahnung zur Sparsamkeit unterschreibe auch ich. Wir dürfen nur die Ausgaben bewilligen, welche absolut notwendig sind, nicht aber diejenigen, die an sich wünschenswerth erscheinen könnten, aber sich noch aufschieben lassen. Außerst bedenklich ist mir die uns zugemuthete Aufzucht der clausula Franckenstein. Während nach dieser alles, was über 130 Millionen aus den Zöllen einkommt, den Einzelstaaten überwiesen werden muß, werden hier einfach statt 130 Mill. 140 Millionen genommen; es wird also um 10 Millionen die clausula Franckenstein aufgegeben, die clausula Franckenstein ist das Fundament unserer Finanzpolitik, und es darf an ihr nicht gerüttelt werden, so lange wir nicht andere Garantien schaffen. Denn in der Bewilligung der Matrifularbeiträge liegt das ganze Bewilligungsrecht des Reichstages. Ich begreife nicht, wie im Bundesrath für einen solchen Beschluß eine Majorität sein konnte. Ich hoffe, der Reichstag wird nicht darauf eingehen.

Ich halte es zur Zeit nicht für angezeigt, an dem bestehenden Zollsystem zu rütteln. Wären die agrarischen Zölle nicht eingeführt worden, so würde die Landwirtschaft wesentlich geschädigt worden sein, während ihre Lage nach Einführung dieser Zölle eine bessere geworden ist und gleichzeitig auch unser ganzes wirtschaftliches Leben günstig beeinflusst wurde. Der Zolltarif ist ein integrirendes Ganze, und man kann nicht einzelne Positionen herausgreifen. Ändert man die eine oder die andere Position, so wird man genöthigt sein, auch das Ganze zu ändern. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wollen wir ja!). Zölle und Steuer werden aber immer nöthig sein, um ein Staatswesen zu erhalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gerade jetzt aber müssen wir besonders vorsichtig sein mit einer Aenderung der bestehenden Gesetzgebung wegen der bevorstehenden Revision der internationalen Verträge und der Verhandlungen mit Oesterreich. Wenn in Oesterreich die Meinung sich verbreiten sollte, daß es ein Leichtes sei, von uns Alles zu erlangen, so würden wir zu viele Konzessionen an Oesterreich machen müssen; ich meine aber, wenn man uns in Oesterreich nicht genügend entgegen kommt, so wollen wir bei dem Bestehenden bleiben. Damit will ich aber nicht gesagt haben, daß wir nicht geneigt sind, auf Modifikationen einzugehen.

Redner wendet sich hierauf (im Einzelnen auf der Tribüne fast unverständlich) gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel, namentlich dagegen, daß unsere Steuergesetzgebung eine Klassengesetzgebung sei; die neue preussische Steuergesetzgebung, welche die kleinen Leute entlaste, beweise das Gegentheil. Uebrigens gebe es auch bei den Sozialdemokraten große Klassenunterschiede, nicht bloß zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen den Alten und den Jungen (Heiterkeit), und die Jungen seien kräftiger als die Alten. Ebenso ungerechtfertigt seien die Ausführungen Bebel's über die Militärmacht, so natürlich auch diese Angriffe im Munde der Sozialdemokraten seien, denn wäre unsere Militärmacht nicht so stark, um jede Macht niederzubalzen, so wäre die Gefahr da, daß unsere Staats- und Gesellschaftsordnung zerstört würde.

Redner geht hierauf auf das Alters- und Invalidentversicherungsgesetz über. Auch ich habe zu denen gehört, welche das Gesetz mit aller Energie bekämpft haben, und bin auch jetzt mit aller Entschiedenheit gegen dasselbe, besonders nach den gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel. Er hat das Gesetz für nicht acceptabel erachtet, weil es ihm nicht genug war. Der Weg aber, den wir mit dem Gesetz betreten, beugt ihm sehr wohl. Daß das der Weg zur Sozialdemokratie ist, das war mir von vornherein klar. Inbezug, nachdem das Gesetz unter dem Konjens der Regierung und der Majorität des Reichstages zu Stande gekommen ist, haben wir uns ihm zu unterwerfen. Wir müssen uns allefammt betheiligen, das Gesetz möglichst gangbar zu machen und dürfen seiner Einführung nicht im Wege sein. Aber Herr Bebel will uns auf diesem Wege noch weiter führen; hüten wir uns, ihm zu folgen. Dieser eine gethane Schritt darf nicht weiter verfolgt werden, sonst verfallen wir unarmherzig der ganzen Konsequenz der sozialdemokratischen Ansichten.

Die Mehrausgaben für Verzinsung der Reichsschuld sind ja eine notwendige Folge der Bewilligungen im Vorjahre. Ein Theil derselben ist bisher durch Anleihen gedeckt worden, und De-

jenigen, welche diese Anleihen gezeichnet haben, haben einen sicheren und soliden Schuldner bekommen. Das Kapital kann gar nicht besser untergebracht werden. Um so bedenklicher aber ist die schwierige Unterbringung der letzten Anleihe; deren Auflegung ein Räthsel ist. Diese Vorgänge liefern den Beweis, daß wir unsere Geldverhältnisse nicht mehr so anspannen dürfen.

Die Position für den Kolonialetat müssen wir bewilligen als Konsequenz unserer früheren Beschlüsse; nach den großen Opfern, die wir gebracht, können wir nicht mehr zurückgehen. (Lachen links.) Und wenn Herr Richter gegen diese Position ist, so geschieht es wohl nur deswegen, weil er sich sagt, Herr Windthorst und seine Freunde kommen doch und bewilligen. (Lachen links.)

Im Militäretat werden wir uns auf das unmittelbar Nothwendige beschränken müssen. Wir werden in der Kommission sehr viel strenger sein müssen. Manche Forderungen sind zwar sehr wünschenswerth, aber es ist zweifelhaft, ob sie in diesem Jahre absolut nothwendig sind und nicht hinausgeschoben oder auf mehrere Jahre vertheilt werden können. Besonders gilt das in Bezug auf die Frage der Unteroffizier-Prämien. Diese sind um so weniger jetzt nothwendig, als für das Zivilverhältnis schon Verbesserungen vorhanden sind. Sparsamkeit thut allenthalben noth. Besonders die Marineverwaltung muß in langamerem Tempo bauen; durch das schnelle Tempo sind häufig schon neue Konstruktionen mitten im Bau nothwendig geworden. Mit dem Bau neuer Schiffe muß man sehr vorsichtig sein. Wir müssen bedenken, daß außer Militär und Marine auch noch andere Gebiete des Volkslebens berücksichtigt werden müssen. Das Land kann neue Steuern nicht tragen. (Beifall im Centrum.)

Reichschatzsekretär v. Malahn: Der § 7 des Etatsgesetzes durchdringt nicht das Prinzip, daß die über gewisse Beträge hinausgehenden Einnahmen aus Zöllen u. s. w. den Einzelstaaten zu überweisen sind. Es soll bloß ein hervortretendes praktisches Bedürfnis befriedigt werden, nämlich der Reichskasse zum 1. April des nächsten Jahres 10 Millionen zur Verfügung zu stellen, die sie dann zahlen muß, während ihr, wenn wir ihr die Mittel nicht geben, diese 10 Millionen das ganze Jahr hindurch in ihrem Betriebsfonds fehlen würden. Wir haben geglaubt, diese 10 Millionen am zweckmäßigsten aus den Mehreinnahmen des Jahres 1890/91 gegenüber dem Etatsanfang entnehmen zu sollen.

Bei Begebung der neuen Reichsanleihe befanden wir uns in der That in einer Zwangslage. Früher ließ sich die Begebung der Reichsanleihen verhältnismäßig leicht durch Verkauf an der Börse von Tag zu Tag ausführen. Mit dem Zunehmen der Reichsanleihen und weil zugleich außer dieser Reichsanleihe auch andere bedeutende Anleihen auf dem deutschen Markt unterzubringen waren, zeigte sich das Verfahren vor einem halben Jahre nicht mehr als ausreichend, und so waren wir veranlaßt, im Februar dieses Jahres 129 Millionen zum Kurse von 102 Prozent an ein größeres Konsortium zu begeben. Die Frage, ob für die Reichsanleihen ein anderer Zinssfuß als der von 3 1/2 Prozent zu wählen sei, ist bereits damals und schon früher zur Erörterung gekommen, namentlich, als im vorigen Jahre 3prozentige Papiere deutscher Einzelstaaten über 90 standen. Wir blieben aber doch aus den bekannten Bedenken gegen die dreiprozentige Anleihe bei den 3 1/2 Prozent. Nun waren damals die Marktverhältnisse etwas schwieriger, und das Konsortium, welches die 129 Millionen übernommen hatte, konnte die Weiterabgabe derselben an das Privatpublikum nicht so schnell bewirken, wie man es geglaubt hatte. Dies und die allgemeine Lage des Landes waren Anlaß, mit einer Weiterbegebung der Anleihe zu zögern, so lange es nach der wirtschaftlichen Lage des Landes möglich war. Der Zeitpunkt der Begebung der Anleihe hängt nicht von der Reichsfinanzverwaltung ab, sondern von den Ausgabeverwaltungen, davon, mit welcher Schnelligkeit die Bauten, für welche die Anleihe bewilligt wird, vorgenommen werden sollen. Mit dem Herbst mußte der Augenblick eintreten, wo wir gezwungen waren, wieder einen bedeutenderen Kosten Reichsanleihe zu begeben, und naturgemäß hatten wir den Wunsch, diesen Kosten so hoch als möglich zu beziffern, um für eine Reihe von Monaten gedeckt zu sein. Lange, bevor dieser Zeitpunkt herankam, ist mit der preussischen Finanzverwaltung erwogen worden der Zeitpunkt, zu dem auch Preußen in der Lage wäre, seine Anleihen zu begeben; und dementsprechend ist das Geschäft auch unter gleichen Bedingungen sowohl für das Reich als auch Preußen abgeschlossen worden. Selbstverständlich haben die zu jener Zeit stattgehabten Verurlaubungen einiger Personen nicht, wie die „Freis. Ztg.“ vom 19. Oktober andeutete, auf die Verhandlungen auch nur den geringsten verzögernden Einfluß gehabt. Die Reichsverwaltung ist so gestaltet, daß ein zur vollen Vertretung befugter Stellvertreter für den betreffenden Reichsbeamten bei dessen Urlaub die Dienstgeschäfte ohne Verzögerung erledigt. Wir nahmen den 3prozentigen Typus, weil das übernehmende Konsortium sich völlig außer Stande erklärte, unter irgend einem andern den Betrag zu übernehmen. Gegenüber dieser kategorischen Erklärung befand sich das Reich und Preußen in einer Zwangslage, und sie mußten diese Bedingungen annehmen, da sie die Frage auf Monate nicht verschleppen konnten. Der Kurs von 86,60 ist an und für sich kein schlechter; er entspricht einem Kurse von 3 1/2 Proz. über pari, während damals diese Papiere zwischen 97 und 98 standen. Der Moment, den wir gewählt haben, war also insofern nicht der ungünstigste, als wir die Sache nicht weiter hinauschieben konnten. Daß er nicht so ungünstig war, erhellt auch aus der Thatfache, daß 2 Tage vor dem Abschluß der Verhandlungen das Konsortium einen Betrag von 222 Millionen konvertirter 4proz. Rumänier übernahm.

Abg. Dr. v. Frege (konf.): Meine politischen Freunde wünschen, daß es bei der alten Franckensteinschen Klausel bleibt, und daß unverändert die Ueberschüsse an die Einzelstaaten überwiesen werden. In Bezug auf die Anleihen beklagen wir es, daß der Staat hierin Konzessionen gemacht hat, daß er sich von der Privatwirtschaft hierin nicht unterschieden hat. Das Reich hat sich in eine beklagenswerthe Abhängigkeit von dem Konsortium und von den Finanzmaßregeln der Einzelstaaten gebracht. Diese Erscheinung rührt daher, weil Sie dem Silber noch nicht sein Recht ge-

geben haben. (Ruf: Aha! links.) Die Verhältnisse des Geldmarktes in England sollten uns doch zu denken geben. Zum Mindesten muß eine Einigkeit in der Baluta Deutschlands und Oesterreichs eingeführt werden, so daß ein Preissturz des Silbers nicht mehr erfolgen kann.

Am Etat ist erfreulich das seit den letzten 11 Jahren stetige Anwachsen der Ueberweisungen an die Einzelstaaten. Die Gegner dieser Ueberweisungen sollten froh sein, daß diese Ueberlässe nicht in Kriegsministerium verwendet worden sind. Die Erträge aus den Verbrauchssteuern sind durchaus befriedigend; die Mehreträge aus der Branntweinsteuer legen es aber nahe, jetzt etwas mehr die kleinen landwirtschaftlichen Brennereien zu berücksichtigen.

Die Mehrforderungen des vorliegenden Etats sind allerdings beträchtlich, aber sie sind nothwendig und zum größten Theile Konsequenzen unserer früheren Beschlüsse. Sehr beruhigend muß ja die getrigte Erklärung des Reichskanzlers wirken, daß neue Militärforderungen wenigstens in diesem Jahre nicht zu erwarten sind. — Die Forderungen für das Alters- und Invalidengesetz halten wir für durchaus nothwendig. Daß dieses Gesetz ein Schritt zur Sozialdemokratie ist, können wir nicht zugeben.

Die Marineforderungen sind allerdings sehr bedeutend, und auch wir sind überrascht, daß schon so rasch noch vor Beendigung der Schiffsbauten neue Nachtragsforderungen gestellt werden für Konstruktionsänderungen. Die Fortschritte in den Erfindungen warten allerdings nicht auf Reichstagsbeschlüsse; aber es drängt sich doch die Frage auf, ob nicht zu schnell und zu viel auf einmal gebaut wird. Wir werden deshalb die Neuforderungen ernstlich prüfen müssen.

Prinzipielle Neuforderungen im Nachtragsetat sind nur die Unteroffizierprämien und die Pferdegelder. Wir erklären unbedingte Annahme dieser Positionen. Die Unteroffizierprämien sind nothwendig, um Sicherheit zu haben, daß sich für diesen Beruf genügend Leute finden. Wenn Herr Richter hier auf die Zivilverordnung der Unteroffiziere hinweist, steht das im Widerspruch mit seinen früheren Ausführungen von der unberechtigten Konkurrenz der Militärbeamten gegen Zivilpersonen. — Die kolonialen Forderungen müssen wir bewilligen, weil eine Schwächung des deutschen Einflusses in Ostafrika eine Schwächung in allen übrigen Welttheilen bedeuten würde. Die Regierung hat sich auf einen beschränkten Interessentkreis beschränkt, und darum müssen wir sie unterstützen. — Gegenüber den Ausführungen des Abg. Richter über den Kaitengeiß, welcher durch die aus den Unteroffizierschulen und den Kadettenhäusern hervorgegangenen Militärs entsteht, ist hervorzuheben, daß diese Beamten eine Schule genießen, die sie befähigt, für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Die Neubauten von Kasernen an der Ditzgrenze werden alle bewilligt werden müssen, über die Neubauten im Innern des Landes wird in der Kommission eine Verständigung zu erzielen sein.

Die voraussichtliche Mehreinnahme aus der Zuckersteuer kann nicht für das neue Zuckersteuergesetz erwärmen. Man muß bedenken, daß der Zucker einer der wichtigsten Exportartikel ist, und alle Maßnahmen müssen mit besonderer Berücksichtigung der Interessen dieser Industrie getroffen werden.

Herr Richter ist ein großer Kalkulator. Aber er hat bei allen seinen Berechnungen vergessen, daß das größte Reich der Welt, Rom, untergegangen ist durch Vernachlässigung des Bauernstandes und der Landwirtschaft. (Lachen links.) Wir danken der Regierung, daß sie den alten Kurs des Fürsten Bismarck einhält. Denn der alte Kurs hat feste Wurzel im Herzen des Volkes geblagen. Es würde Unruhe und Unsicherheit hervorrufen, wenn die Ansicht Platz griffe, daß andere Wege eingeschlagen werden sollen. Wie will der Abg. Richter ein Plus von 10 Millionen herausschlagen und dabei doch die Getreidezölle ermäßigen und später aufheben? (Unruhe links.) Nur die schlechten Ernten der letzten Jahre haben die Mehreinnahmen aus den Zöllen verursacht; wir danken dem Schatzsekretär, daß er vorsichtig nicht die Ertragnisse der letzten Jahre in ihrer vollen Höhe auch für dieses Jahr in Anschlag gebracht hat. Ihre Agitation auf Herabsetzung oder Beseitigung der Getreidezölle ist nichts als eine kaufmännische Spekulation. Die „Frankfurter Zeitung“, die „Freisinnige Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ haben die Agitation gegen die Getreidezölle in den letzten Monaten hervorgerufen. (Unruhe links.) Der deutsche Grundbesitzer, der kleine Bauer, denn er ist der eigentliche Roggenproduzent, nicht der Großgrundbesitzer (Lachen links) würde dadurch ruinirt werden. Vorläufig haben sich die Wirkungen der Getreidezölle noch nicht genügend geltend gemacht. Ist das geschehen, dann wird sich bald ein Roggenpreis herausstellen, der alle Befürchtungen über die große Theuerung über den Haufen wirft. (Lachen links.) Es ist zu wünschen, daß all diese kleinen Wirthe, die kleinen Grundbesitzer und die ländlichen Arbeiter endlich Ruhe bekommen, daß der Grundbesitz endlich in die Lage kommt, seine Schulden zu bezahlen.

Sie sprechen hier von Vertretung bestimmter Klassen durch bestimmte Parteien im Reichstage. Davon ist aber keine Rede. Herr Bebel betrachte ich nicht als Vertreter der arbeitenden Klassen, sondern als Vertreter der nicht arbeitenden Klassen. Herr Bebel ist nicht bloß von den Arbeitern gewählt; vor allem hat die Sozialdemokratie bei den ländlichen Arbeitern nicht das geringste Glück. Das „Berliner Volksblatt“ hat ja auch selbst davor gewarnt, die ländlichen Arbeiter ebenso zu behandeln wie die Industriellen. Herr Bebel räumt sich, Arbeit zu sein. Für den deutschen Arbeiterstand giebt es aber etwas Höheres, nämlich der Gottesglaube, die Sittlichkeit und der Familieninn, die befähigen den deutschen Arbeiterstand, sich von den Vehren der Sozialdemokraten frei zu halten, wenn er nicht in unverantwortlicher Weise durch die schlechte Presse, die es heute noch giebt, aufgebeht würde. (Große Unruhe.) Es ist unverantwortlich von Herrn Bebel, daß er dem kleinen Mann sogar das Weichnachtsfest, das alle Stände vereinigt, vergällt, daß er die Religion lächerlich macht.

Die Herren wollen jetzt die Industriellen fangen, indem sie ihnen Hoffnungen machen, daß sie nach Aufhebung der Getreidezölle niedrigere Löhne werden bezahlen müssen; aber wir hoffen, daß die Industriellen nicht auf die Brücke gehen werden, daß sie lieber höhere Löhne zahlen und das Gedeihen der Landwirtschaft



im Auge haben werden. Im Uebrigen sind ja gerade durch Hilfe von Herrn Richter eine große Zahl von Zentrumsmännern, die für die Zölle waren, gewählt und Gegner der Zölle herausgedrängt worden. (Abg. Richter: Nicht ein einziger!) Herr Richter hat also seine Position geschwächt. Sie wollen die Stellung der verbündeten Regierungen bei den jetzigen Verhandlungen mit Oesterreich schwächen. (Lebhafte Widerspruch links.) Aber Sie werden kein Glück damit haben. Lesen Sie die Verhandlungen der französischen Kammer über die Maximal- und Minimaltarife, sehen Sie auf die Zolltarife in Rußland und auf die amerikanische Mac-Kinley-Bill! Glauben denn die anderen Länder auch, daß durch die Zölle die Industrie geschädigt wird? Wer zahlt in Amerika den Zoll? Der Amerikaner oder der Deutsche? (Lachen links.) Darum glaube ich, daß dieser Vorstoß an dem festen ruhigen Gang der Verhältnisse abgeleitet wird, aber auch, daß die Regierung die öffentliche Meinung nicht beunruhigen und sich abbringen lassen wird von diesen reichlich erwogenen Zollpositionen, von denen jede einzelne genug Mühe gemacht hat, die wir aufrecht erhalten müssen, nicht bloß wegen der Einnahmen, sondern auch wegen der Wehrkraft Deutschlands. Die Stärke des Heeres, die wesentlich auf den Einnahmen des Reiches beruht, muß erhalten bleiben zum Heile Deutschlands. (Beifall rechts.)

Abg. Scipio (nl.): In dem Augenblick, wo die verbündeten Regierungen über Handelsverträge konferieren, ist es nicht angemessen, die Zollfrage hier zu berühren, weshalb ich darauf für jetzt verzichte. — Zur Einführung der Silberwährung rathen herzlich wenig die Erfahrungen, welche Amerika in letzter Zeit damit gemacht hat. Eine Stabilität des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber wird dadurch nicht geschaffen, die hängt von anderen Umständen ab. Die wirtschaftlichen Verhältnisse aber stehen in keinem so direkten Zusammenhang mit der Währungsfrage; das sieht man an dem österreichischen Import trotz der dortigen Papierwährung und daran, daß dort das Papiergeld höher steht als das Silber. Der Wohlstand des Vaterlandes hat, wenn auch langsam, Fortschritte gemacht unter dem Regime der Goldwährung; deshalb sollen wir dieses bewährte System behalten.

Angesichts der immer steigenden Ausgaben müssen wir uns auf das Nothwendigste beschränken; vieles ist aber nicht zu vermeiden. Bei den Forderungen ist eine Abhilfe nothwendig, denn vielfach können die Offiziere damit nicht auskommen, vielfach aber erhalten sie zu reichliche Rationen. Sehr wichtig ist die Frage der Unteroffiziersprämien für die Heranbildung eines tüchtigen Unteroffiziersstandes; allerdings muß auch hier eine weise Sparsamkeit Platz greifen. — Unsere Kolonialpolitik ist in ein erfreuliches Stadium durch den Vertrag mit England getreten. Die deutsch-afrikanische Gesellschaft, deren Vertrag mit dem Sultan von Zanzibar durch das Abkommen mit England durchbrochen ist, hat das Recht, eine Entschädigung zu verlangen. Und die 600 000 Mark jährlich aus den Zöllen sind nur eine billige Entschädigung für die Rechte, die sie hat ausgeben müssen. Es ist zu begrüßen, daß das Deutsche Reich die Zölle erheben und die Landeshoheit ausüben soll. Bezüglich Südwestafrika ist ein Fortschritt, daß 25 000 Mark zu Kolonisationsversuchen ausgeworfen sind. Das Klima ist dort gut, und für deutsche Ackerbauer und Viehzüchter giebt es dort geeignete Stellen.

Der Etat bietet zu einer Erhöhung der Einnahmen, zu neuen Steuern keine Veranlassung. Den wachsenden Wohlstand verdanken wir vor Allem unserer guten auswärtigen Politik, deren Grundlage von dem Begründung des Reiches, Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck gelegt ist. Diese Grundlagen sind feste und gute gewesen, sie haben sich bewährt, und Dank der jetzigen Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten können wir mit Ruhe und Sicherheit der Zukunft entgegen sehen. Das Vertrauen in die Festigkeit unserer Politik bei den anderen Völkern wie im Inlande ist die erste und sicherste Grundlage für eine weitere gute Ausgestaltung unserer Finanzen. Eine Beeinträchtigung unseres Budgetrechtes durch den § 7 des Etatsgesetzes befürchte ich nicht.

Prinzipielle Bedenken gegen den Etat haben wir nicht; aber wir werden in der Kommission eingehend erwägen müssen, daß wir nicht auf Abwege gerathen, da unsere großen Einnahmen leicht zurückgehen können.

Abg. Richter (fr.): Ueber die wirtschaftspolitischen Ansichten des Herrn Abg. v. Frege werden wir uns bei Gelegenheit der Initiativanträge unterhalten und dann auch über die Wirkung der agrarpolitischen Zölle sprechen. Er wird bei dieser Gelegenheit auch einsehen, daß er sich bei der Besprechung der amerikanischen Mac-Kinley-Bill mit den Thatfachen in Widerspruch gesetzt hat. Weshalb haben denn die Amerikaner bei den letzten Wahlen ein so scharfes Urtheil gesprochen? Weil sie die Wirkung jener Bill schon gefühlt haben. In Amerika geht es eben etwas schneller. Wenn Herr Frege sich jetzt darüber beklagt, daß eine Verdrängung von drei Zeitungen eine Beunruhigung ins Land geführt hat, und wenn er dem ein Ende gemacht wissen will, so ist das erklärlich. Sie haben die Vortheile von der gegenwärtigen Zollpolitik, andere fühlen sie. Aber haben Sie denn zurückgeschreckt vor den täglichen Beunruhigungen weiter Kreise, als es sich darum handelte, den Zolltarif von 1879 zu Ihrem Vortheil weiter auszubauen? Wer hat denn den Tarif von 1879, 1885, 1887 eingeführt? Damals aber war es erlaubt, Beunruhigungen in das Land hineinzuwerfen. Da haben diese Herren auch unter der Mitwirkung der Mitglieder des Hauses Petitionen in jede Dorfgemeinde hineingegeben lassen mit der Aufforderung, sie sollten an den Reichskanzler Petitionen richten, bloß um die Zölle zu ihrem Vortheil zu erhöhen. Nun kommen Sie hierher im Interesse der armen Bevölkerung! Das geht denn doch zu weit. Ist der Herr Abg. Behr wirklich der Meinung, daß das Ansehen, die Ehre, die Nachstellung des Reiches von diesen agrarischen Zöllen abhängt? Ich kann diese Auffassung nicht theilen.

Mit großer Genugthuung haben wir die Ausführungen der Abg. Windthorst und Frege über die Sparpolitik aufgenommen. Wenn wir diese Reden nicht bei der Generaldiskussion, sondern am Schlusse der Etatsberatung führten, so würde das wirksamer sein, wenn wir dann sähen, ob die Thaten den Reden entsprechen. Der Abg. Windthorst hat für heute sich sehr fest engagirt. Wir werden sehen, ob wir bei der dritten Verathung von den Früchten dieser großen Sparpolitik etwas einheimen können. Geht es nach den Worten der Herren Windthorst und Behr, dann würden wir einen kräftigen Strich durch den Marine-Etat machen und auch beim Militäretat erhebliche Ersparnisse machen müssen. Bei der großen Vermehrung der Militärlasten müssen die nicht ganz nothwendigen Forderungen zurückgestellt werden. Die Unteroffiziersprämien scheinen ja nach der heutigen Debatte nicht bewilligt zu werden. Auch auf das Bedenkliche der Ueberlastung der Marinebauten hat heute sogar Herr v. Frege hingewiesen. In Bezug auf die Kolonialpolitik bin ich allerdings nach der Windthorst'schen Rede weniger hoffnungsvoll; er wird wohl die 3½ Millionen ziemlich ganz bewilligen. Das sind die Folgen, wenn man sagt, so lange man noch die Sache in der Hand hat, jetzt müssen Sie auch b sagen. (Heiterkeit.) Den Schmerz des Abg. Windthorst über die Franzosen'sche Klausel verstehe ich nicht. Es ist eine reine technische Maßregel, und von einer konstitutionellen oder politischen Bedeutung ist da gar nicht die Rede. Nicht die Clausula Franckenstein an sich, sondern die Matrikularbeiträge sind der springende Punkt. Wenn wir daran rütteln würden, dann hätte Herr Windthorst Recht.

Der Herr Reichskanzler ist gestern auf die Invalditätsversiche-

rung eingegangen und hat eine scharfe Rede gehalten, die schärfste, die ich von ihm gehört habe. Sachlich gab die Rede des Herrn Richter keine Veranlassung dazu. Wie kann der Herr Reichskanzler es übel deuten, wenn wir bei einem Geheze, das wir bekämpfen haben bis zum letzten Augenblick, auch heute noch eine gewisse Beängstigung empfinden und das Bedürfnis, auch jetzt noch die Verantwortung für die Folgen abzulehnen. Sind wir da allein gemeint? Hat man im Lande nicht an vielen Stellen, wo die Loyalität und der Patriotismus außer Zweifel steht, dieselben Vorstellungen gemacht? Hat nicht die Bielefelder Handelskammer um die Sistirung der Einführung des Gesetzes petitionirt und sind nicht Stimmen in diesem Sinne in allen Kreisen und Parteien erhoben worden? Insofern irrt der Reichskanzler, wenn er gemeint hat, daß der gegenwärtige Reichstag dieses Gesetz noch gemacht hätte. Der jetzige Reichstag hätte das Invalditätsgesetz niemals gemacht. (Sehr wahr links.) Eine große Majorität hätte sich dagegen erklärt, denn damals stimmten Mitglieder aller Parteien dagegen, und der gegenwärtige Reichstag ist erst auf Grund der letzten Stimmung des Volkes gewählt, nachdem man die Erfahrung gemacht hatte.

Herr Windthorst hat sich mit seiner heutigen Erklärung, daß es zur Zeit nicht angezeigt sei, an dem bestehenden Zollsysteme zu rütteln und daß er nur mit Aengstlichkeit das Thema des Handelsvertrages mit Oesterreich berühre, in Widerspruch gesetzt mit seiner gestrigen Aeußerung im Abgeordnetenhaus, daß er im Reichstage Protest erheben wolle gegen die Erhöhung des Agrarzollsystems mit Rücksicht auf den Handelsvertrag. Damals hatte der Abg. Richter noch gar nicht gesprochen. Meine Freunde werden von mir nicht verlangen, daß ich Abg. Frege eine Antwort gebe auf den Vorwurf, daß wir eine Schwächung der Regierung beabsichtigen. Wenn Jemand im Stande ist, einer Partei solche Dinge ins Gesicht zu sagen, so verliert er den Anspruch, daß man seiner Aeußerung diejenige Beachtung schenkt, welche wünschenswerth ist. Ich will nur konstatiren, daß ein Mitglied des Hauses solche Dinge gesagt hat. Ueber die Zeiten, dürfte ich, wo man mit derartigen Anschuldigungen gegen andere Parteien kam, sind wir hinaus. Der Herr Reichskanzler hat in dieser Richtung leider auch eine sehr scharfe Bemerkung gemacht, indem er sagte, daß die Aeußerungen des Herrn Richter nicht geeignet wären, die bestehenden Verhandlungen zu fördern. Ich habe keine Ahnung, welche Aeußerungen Herr Richter gemacht haben könnte, die geeignet sind, die Unterhandlungen zu schwächen. Glaubt denn der Reichskanzler, daß die österreichische Regierung so wenig informiert ist über die Ansichten der freisinnigen Partei zu dem Schutzollsystem? Ich bin überhaupt der Meinung, daß solche Verhandlungen zu Konzessionen beiderseits führen müssen. Eine jede Konzession kommt jedem der beiden Länder zu gute. Auf wirtschaftlichem Gebiete wünschen wir, daß überhaupt die glorreiche Aera Delbrück-Camphausen mit den Handelsverträgen wiederkehre. Die frühere Regierung ist nicht von der Ansicht ausgegangen, daß Geheimnisträmerie bei solchen Verhandlungen am Plage ist. Ist es dem Herrn Reichskanzler nicht bekannt, daß im preussischen Landesökonomiekollegium in Anwesenheit des preussischen Finanzministers schon vor 4 Wochen dieselbe Frage diskutiert ist, daß eine Resolution fast einstimmig angenommen worden ist, welche das bestehende Zollsystem erhalten will? Da hat Niemand etwas dagegen gesagt. Auch das pommerische Oekonomiekollegium, die landwirtschaftlichen Zentralvereine haben diese Frage vor ihr Forum gezogen, und gestern wurde im preussischen Abgeordnetenhaus in Gegenwart von Ministern von vier Abgeordneten dasselbe Thema behandelt, und keiner der Minister hat widersprochen. Der erste Abgeordnete aber, der hier das Wort gar nicht in irgend wie anspruchsvoller Zone, sondern in einer wirklich sehr gemäßigten Form nimmt, erfährt sofort eine solche Zurückweisung vom Herrn Reichskanzler. In Oesterreich hat ein sehr angesehenes Mitglied der österreichischen Kammer gar keinen Anstand genommen, vor seinen Wählern über die Bedingungen zu sprechen, unter welchen allein die Kammer und seine Partei einen solchen Handelsvertrag genehmigen würde. Ich glaube, daß in Oesterreich man einen Herrn deshalb nicht den Vorwurf machen würde, daß er die Stellung der Regierung erschüttert. Die Sache liegt so: Erst nachdem durch die Presse und durch die Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums, welches gewissermaßen einen offiziellen Charakter hat, in Anwesenheit des landwirtschaftlichen Ministers die Sache erörtert worden ist, ist die Beunruhigung in die Kreise gekommen, welche nichts mit solchen Differentialzöllen zu thun haben wollen und welche in solchen Differentialzöllen eine Schädigung und Erchrömerung des Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland sehen. Lediglich diese Vorgänge haben den Protest von der anderen Seite veranlaßt. Ich appellire an das Gerechtigkeitsgefühl des Reichskanzlers. Nachdem von der anderen Seite die Frage auf die Tagesordnung gesetzt ist, nachdem man die Regierung bombardirt hat, sie dürfe keinen Deut von den Zöllen ablassen, da wolle es ihm doch gefallen, daß von unserer Seite dagegen protestirt wird, daß wir darauf dringen, daß man die Vortheile der Handelsverträge der Bevölkerung zu Gute kommen läßt. Ich hoffe nach den heutigen Erklärungen des Abgeordneten Windthorst, daß es gelingen wird, auf diesem Gebiete einen Fortschritt zu machen, und bei der Erneuerung der Handelsverträge die Frage einer glücklichen Lösung entgegenzuführen.

Wir haben mit Genugthuung und Freude begrüßt, daß der Reichskanzler vor dem Eintritt in sein Amt unseren Ausführungen gegenüber eben so objektiv und unparteiisch gewesen ist, wie den Ausführungen anderer Parteien gegenüber. Wir haben uns dieses Fortschrittes in unserem öffentlichen Leben gefreut. Wir wünschen, daß es so bleibe. Wir werden uns nicht eher beruhigen, als bis die volle Gleichberechtigung aller Parteien auf dem Gebiete der öffentlichen Diskussion anerkannt und bekräftigt wird auch von den Herren der Regierung. (Beifall links.) Wir verlangen keine Bevorzugung, keine Begünstigung, auch keine Anerkennung von Seiten der Herren von der Regierung. Das Recht werden wir uns nicht kürzen lassen, daß wir nach unsern innigsten Ueberzeugungen das aussprechen, was dem Wohle des Vaterlandes dient. Will man uns scharf zurückweisen, will man uns sogar in das schiefe Licht hineinbringen, als ob wir weniger Patriotismus hätten als die Regierung, wir können es nicht ändern. Wir werden bei dem System, das wir befolgt haben, stehen bleiben, ob wir Anerkennung finden oder nicht. Wir verkennen die edlen und humanen Absichten der Regierung in Bezug auf die Sozialpolitik in keiner Weise. Wir wissen, daß die Regierung mit dem Invalditätsgesetze eine wirklich wohlwollende Berücksichtigung der ärmeren Klassen hat eintreten lassen, aber der Reichskanzler wolle es mir nicht verübeln, wenn ich ihm gegenüber die Behauptung aufstelle: Ihre ganze Sozialpolitik hat keine Bedeutung, wenn Ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik daneben bestehen bleibt. (Lebh. Beifall links.) Stellen Sie die ärmeren Klassen vor die Frage: auf der einen Seite das Invalditätsgesetz auf der anderen Seite die Aufhebung der 8 bis 9 Mark Mehrbesteuerung pro Kopf. Man wird Ihnen ohne weiteres sagen: Befreit uns von dieser Last, dann wollen wir die andere Wohlthat nicht haben. Deshalb werden wir nach wie vor behaupten: Die ganze Sozialpolitik ist nichts, wenn Sie das unglückselige Zoll- und Steuerwesen, unter dem Deutschland leidet, nicht beseitigen. (Lebhafte Beifall links.)

Ministerpräsident v. Caprivi: Den Ausführungen des Herrn Richter möchte ich entgegenhalten, daß der österreichische Abg. Plener in einer zu Eger gehaltenen Rede sich dahin ausgesprochen hat, daß die deutsche Politik ein gewisses Risiko mache; Deutschland sei durch seine öffentliche Meinung genöthigt, die Agrarzölle

aufzuheben. Warum solle man sich daher in Oesterreich überhaupt mit einem Zoll plagen, wenn es ohnehin wisse, daß Deutschland diejenigen Konzessionen, die es etwa jetzt aus Entgegenkommen machen würde, machen müsse, weil es durch die öffentliche Meinung dazu gezwungen werde. (Sört, hört! rechts.) Ich stelle Herrn Richter anheim, sich selbst zu sagen, auf Kundgebungen von welcher Seite der Abg. Plener seine Rede aufgebaut hat.

Darauf wird die weitere Verathung vertagt. Abg. v. Frege (persönlich) erklärt, daß er sich bei seinen Ausführungen nicht gegen die freisinnige, sondern gegen die Freihandelspartei allgemein gewandt habe.

Abg. Richter (persönlich): Herr Abg. Frege hatte die Güte, meinen Standpunkt mit demjenigen eines Terzianers zu vergleichen. Ich fühle mich dadurch von seiner Seite nicht verletzt, denn der aus der neueren Literatur satfam bekannte ewige Unterquartaner, an dessen eigenartige Logik und volkswirtschaftliche Erleuchtung mich der Vortrag des geehrten Herrn gerade in seinen besseren Theilen vielfach erinnerte, blickte immerhin zur Bildungshöhe der erwähnten Oberklasse als zu einem für ihn unerreichbaren Ideal empor (Große Heiterkeit). Ich habe in Terza allerdings gelesen: Latifundia Italiae perdidere, das heißt auf deutsch: Die agrarische Interessenvertretung in ihrer naiven Unwissenheit und egoistischen Rücksichtslosigkeit ist auf die Dauer im Stande, selbst ein großes Reich zu Grunde zu richten (Beifall links und Heiterkeit).

Abg. v. Frege (persönlich) beklagt sich darüber, daß Abg. Richter ihn mit einer Figur aus dem „Kladderadatsch“ verwechseln habe. Er appellire aber an alle Unbefangenen, ob nicht gerade die vom Abg. Richter vertretene Wirtschaftspolitik geeignet sei, die Bildung der Latifundien zu begünstigen.

Abg. Richter (persönlich): Wir hat Abg. v. Frege vorgeworfen, die Neubildung von Latifundien zu begünstigen. Dies beruht auf einer Verwechslung. Nicht ich habe den Erlaß von Fideikommissstempeln für Minister zur Bildung neuer Latifundien gut geheißen. (Heiterkeit und Beifall links, Unruhe rechts.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.) Schluß 5¼ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 10. Dezember.

— Der Kaiser empfing gestern Mittag auch noch den ersten Kommandanten von Koblenz und Ehrenbreitstein, General-Lieutenant Graf zu Rantzau. Später statteten der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin den kaiserlichen Majestäten einen Besuch ab. Heute Vormittag hatte der Kaiser eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhrn. v. Marschall.

— Die Kaiserin Friedrich wird mit der Prinzessin Tochter Margarethe etwa am 20. d. M. zum Besuch beim Prinzen und der Prinzessin Heinrich in Kiel erwartet, um das Weihnachtsfest im Kreise der prinzlichen Familie zu begehen. Um dieselbe Zeit wird auch das griechische Kronprinzenpaar dort anwesend sein.

— Wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigt wird, ist zwischen im Abgeordnetenhaus maßgebenden Stellen betreffs der Berliner Dombauangelegenheit eine Verabredung dahin getroffen worden, einem Projekt zuzustimmen, welches sich auf den Bau einer Predigtirche für die Domburgemeinde beschränkt und betreffs des Kostenpunktes sich im Rahmen eines Bedarfs von etwa acht Millionen Mark halten würde.

— In der Angelegenheit der Herabsetzung der Getreide- und Viehzölle wird der „Magd. Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

Die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle auf die Höhe, welche dieselben vor der letzten Steigerung des Zolles (im Jahre 1887) hatten, ist, wie heute in Reichstagskreisen aus guter Quelle verlautete, von der Regierung fest beabsichtigt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt dieselbe Nachricht, die sie als eine „nach Versicherung ihres Berichterstatters verbürgte Aeußerung eines höheren Staatsbeamten gegenüber einem hervorragenden Landwirthe bezeichnet.

— Der Landesbahnrat hat beschlossen, der Regierung eine Herabsetzung der Tarife für Kohlen und anderes Brennmaterial zu empfehlen. Der Vertreter der Eisenbahnverwaltung nahm hierzu einen entgegenkommenden Standpunkt ein.

— Der Abg. Payer hat zu Beginn der ersten Session des Reichstages, unterstützt von der Volkspartei und einer Anzahl Freisinniger, einen Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie eingebracht. Dieser Antrag wäre der nächste zur Verhandlung, sobald der Reichstag seine erste Schwerinsitzung abhält. Indes halten die Antragsteller den Augenblick zur Verathung dieser Forderung nicht für geeignet und werden deshalb den Antrag zurückziehen, mindestens aber zurückstellen lassen. Damit ist die „Frankf. Ztg.“ nicht zufrieden und bemerkt:

Von der Zurückziehung des Antrages wird wohl nie die Rede gewesen sein, und was eine vorläufige Zurückstellung betrifft, so werden die Mitglieder der Volkspartei und ihre freisinnigen Genossen aus dem Umstande, daß neuerdings das Verhältniß zwischen den Mittelpunkten der Erörterungen getreten ist, nothwendig den Schluß ziehen müssen, daß gerade der jetzige Augenblick geeignet ist, die Frage der allgemeinen Verfürzung der Militärdienstzeit wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Hamburg, 10. Dez. In den leitenden Kreisen der hiesigen Rhetoreien sind Schritte im Gange, durch welche der Reichsregierung Anlaß gegeben werden soll, der Frage der Vorlegung eines Reichs-Auswanderungsgesetzes näher zu treten.

## Parlamentarische Nachrichten.

— Die Einkommensteuer-Kommission des Abgeordnetenhauses hat am Mittwoch ihre Verhandlungen begonnen. Die Kommission trat sofort ohne Generaldebatte in die Verhandlungen über § 1 ein. Zugleich mit § 1 wurden die Paragraphen 2, 3 und 4 zur Diskussion gestellt. Nach längerer Debatte wurde § 1 mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, bis auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften, über welche die Abstimmung vorläufig ausgesetzt wurde. Ebenso wurde § 2 mit Ausnahme des Passus über die Aktiengesellschaften angenommen mit einem Antrage des nationalliberalen Abgeordneten Peters, welcher der Einkommensteuer auch unterworfen wissen will gewerbliche Unternehmungen außerhalb Preußens, die in Preußen



Agenturen bezw. Agenten unterhalten, einerlei, ob dieselben zum selbständigen Geschäftsabschluss ermächtigt sind oder nicht. § 3, welcher die Befreiung von der Einkommensteuer regelt, wurde angenommen mit einem Zusatzantrag des Abg. v. Jagow, wonach die Steuerbefreiungen aus völlerrechtlichen Gründen in denjenigen Fällen ausgeschlossen bleiben sollen, in welchen in den betr. Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird. § 4, welcher die Heranziehung der Reichsummittelbaren zur Einkommensteuer bestimmt, wird mit 15 gegen 12 Stimmen in einer vom Abg. Bachem beantragten Fassung angenommen, wonach die Reichsummittelbaren zur Einkommensteuer von dem Zeitpunkt ab herangezogen werden sollen, in welchem durch besonderes Gesetz die Entschädigung für die aufzuhebende Befreiung von der Einkommensteuer geregelt sein wird.

Die Gewerbebesteuerkommission des Abgeordnetenhauses hat am Mittwoch ihre Beratungen begonnen und die ersten drei Paragraphen der Vorlage fast unverändert angenommen.

Die Kommission für den Schulgesetzentwurf hat sich konstituiert. Vorsitzender ist der nationalliberale Amtsgerichtsrath Franz von Bern. Die freisinnige Partei ist in der Kommission durch die Abg. Zelle und Knörde vertreten. Unter den übrigen 26 Kommissionsmitgliedern erwähnen wir noch Dr. Arendt (freis.), von Gubern (ntl.), Seyffardt (ntl.), Dr. Brühl (C.), Dr. Lieber (C.), Kintelen (C.), Windthorst (C.). Es gehören außerdem zu der Kommission zwei Ministerialräthe, ein Polizeidirektor, ein Regierungspräsident, zwei Landräthe und ein Staatsanwalt.

### Vermischtes.

† Zum Kochschen Heilverfahren. In der heute zur Ausgabe gelangenden Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ (Redakteur Sanitätsrath Dr. S. Guttmann, Verlag Georg Thieme, Berlin und Leipzig) erscheinen u. a. folgende Artikel: „Aus dem hygienischen Institut des Herrn Geheimrath Koch in Berlin. Weitere Mittheilungen über das Zustandekommen der Diphtherie-Ansteckung“, von Dr. Behring, Assistenten am Institut. Weitere Mittheilungen über die mit dem Kochschen Heilmittel gewonnenen Ergebnisse. Aus der chirurgischen Universitätsklinik in Greifswald von Professor Dr. Hefserich. Aus der Brehmer'schen Heilanstalt in Görbersdorf, von dem Direktor Dr. Wolff. Aus den allgemeinen Krankenhäusern in Hamburg, von den Herren Kasi, Schede, Arning, Maes, Thost. Eine zusammenfassende Revue über veröffentlichte Erfahrungen der Herren Leyden, S. Guttmann, v. Zafsch (Brag), Kahler (Wien), Cornil und Péan (Paris), Geron und Wharton Cheyne (London). — Im Auftrage der bulgarischen Regierung sind die Doktoren Pavlovitch und Tschernow aus Sofia zum Studium des Kochschen Heilverfahrens nach Berlin abgereist. — Prof. Billroth in Wien theilt seinen Hörern mit, daß er bei drei Kranken (ein Lupus, zwei Kniegelenkentzündungen) wegen gefährlicher Erscheinungen die Behandlung mit Kochscher Lymphe einstellen mußte, während bei drei anderen zweifellos tuberkulösen trotz drei Centigramm Einspritzungen keinerlei Reaktion eingetreten sei. — Prof. Koch hat mit seinem Schwiegersohn Dr. Bühl einen vierzehntägigen Urlaub angetreten. Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bleibt es strenges Geheimniß, wohin sich Prof. Koch gewandt hat, da er seine Abwesenheit zu seiner Erholung von den Mühen und Aufregungen der letzten Zeit benutzen will. Daneben liegt allerdings die Annahme sehr nahe, daß der bescheidene Gelehrte auf diese Weise sich allen öffentlichen und privaten Kundgebungen an seinem Geburtstag am heutigen Donnerstag entziehen will: ein neuer bezeichnender Zug zur Vervollständigung des Charakters des uneigennütigen Forschers. Nach einer anderen Meldung hätten sich die beiden Gelehrten nach Cannes begeben, um dem schwer erkrankten Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Hilfe zu leisten.

### lokales.

Posen, den 11. Dezember.

\* Feuer. Gestern Abend 1/6 Uhr brach in den Bodenräumen des Grundstücks St. Albalbertstraße Nr. 25 (Gebäude von St. Albalbert Hof) Feuer aus. Dasselbe scheint sehr spät bemerkt worden zu sein, denn als es der Feuerwehr in der Marktstraße gemeldet wurde, schlugen die Flammen an einzelnen Stellen bereits zum Dache heraus. Beim Anrücken der Feuerwehr, welche schnell erschien, stand der ganze Bodenraum bereits in hellen Flammen; die Feuerwehr nahm sofort eine Schlauchleitung vom Hydranten aus nach dem östlichen Flügel und eine zweite Schlauchleitung nach dem nördlichen Flügel vor und wurde das Feuer in kurzer Zeit gelöscht, so daß die unter dem Dachboden liegenden Wohnungen durch das Feuer nicht gelitten haben. Auch die am östlichen und südlichen Giebel auf dem Dachboden befindlichen Wohnungen blieben erhalten. Außer den Bretterverklüftungen sind Bekleidungsstücke und Wäsche u. dgl., welche auf den Bodenräumen aufbewahrt wurden, mit verbrannt. Nach einstündiger Arbeit konnte die Feuerwehr bereits wieder abrücken. Ueber die Entstehungsursache des Brandes konnte bis jetzt nichts Näheres ermittelt werden.

### Angekommene Fremde.

Posen, 11. Dezember.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Baron v. Nathusius aus Ludom, v. Krüger und Familie aus Breslau, v. Martini aus Ludom, Frau v. Unruh aus Lagowitz, Frau Zehlan und Tochter aus Kozmierz und Jacobi aus Trzcionka, Hauptmann Kattner aus Gnesen, Rentier Scholler aus Altenberg, Fabrikant Deuten aus Hamburg, Baumeister Höhne aus Birnbaum, Direktor Ruppert aus Leipzig, die Kaufleute Wolff aus Hamburg, Behrens, Schicklein und Frankenschwerth aus Berlin, Deutsch aus Paris.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Schulz und Frau aus Strzalkowo, Major v. Winterling aus Prependowo, Frau Molebach aus Siedlecko, Frau Edelung aus Neuhof und Sarrazin und Familie aus Kl. Lenche, Landrathsamts-Berweser Assessor v. Klitzing aus Dobru, Rentmeister Frau Wegner aus Wreschen, Fabrikbesitzer Beder aus Berlin, die Beamten Stengel aus Breslau und Dr. Homann aus Wierman aus Wiry, Apothekenbesitzer Frau Diehne aus Wogrowitz, die Kaufleute Wsch, Garner, Stablopff und Löwy aus Berlin, Levy aus Hedingen und Schwarz aus Breslau.

Hotel de Berlin (W. Kamienski). Die Rittergutsbesitzer von Dobrzyci aus Babilin und Fr. von Brzeska mit Tochter aus Rychorzewo, die Kaufleute Häffe aus Berlin und Hoffmann aus Breslau.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel. Die Kaufleute Schröter aus Wirsburg und Heinrich aus Hamburg, Ober-Inspektor Weber aus Berlin, Rabbiner Dr. Aschanaze aus Niederpfort und Apotheker Viermann aus Ratibor.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Dalmer, Schöpfer und Heimann aus Berlin, Herz u. Goldner aus Breslau, Heinze aus Gnesen, Stawitzki aus Strazburg, Heinrichs aus Hamburg und Müller aus Santomischel, Wirthsch. Beamter Gebhard aus Chollowo.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Kaplan aus Miloslaw, Grünspach aus Protoschin und Gehrt aus Danzig,

Baumeister Reich aus Bleichen, Veri. Inspektor Behmann aus Posen und Frau Schubert aus Breslau.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Kreitenhubert aus Darmstadt, Bocksfeldt aus Hamburg, Mandler aus Reichenbach und Seidlich aus Köln, Ingenieur Heere aus Magdeburg, Arzt Dr. Grückow aus Reinheim, Professor Cornehl aus Wien, Domänenpächter Horstmann aus Friedeberg und Antiquar Kolke aus Leipzig.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Köh aus Halle a. S., Hopp und Letting aus Berlin, Hauenschild aus Görlich, Kerkowski aus Glogau, Neumann aus Kurnik, Gutsbesitzer v. Pradzynski aus Kolaczlowo und Inspektor Junius aus Aachen.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Fuhrmann und Zieme aus Berlin, Jrmischer aus Dresden, Lichtenstein aus Danzig und Alnoin aus Posen.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Zucker mit Frau aus Kröben, Rosenbaum mit Frau aus Zutroschin, Rosenbaum und Friedberger mit Frau aus Breslau, Adam aus Zborn, A. Adam, Frau Adam mit Tochter und Frau Lange aus Berlin, Cohn und Chaym aus Znin, Frau Fink mit Tochter aus Gnesen, Fr. Silbermann aus Rawitsch, Frau Landsberger aus Bunik.

### Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 10. Dez. Der „Schles. Ztg.“ zufolge ist die Einberufung des schlesischen Provinzial-Landtags zum 8. März 1891 in Aussicht genommen.

Köln, 10. Dez. Auf der Mosel und dem Main zeigt sich wieder Treibeis. Man befürchtet, daß dasselbe die Rheinschiffahrt ungünstig beeinflussen würde. Die Mainschleppschiffahrt ruht bereits. Auch die Düsseldorf-Dampfschiffahrt-Gesellschaft hat ihre Fahrten bereits eingestellt.

Merseburg, 10. Dez. Der Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen wählte Merseburg zum Sitz der Provinzialverwaltung.

Solingen, 10. Dez. Der Ausstand der Taschenmesser- und Federmesserschleifer ist nach viermonatlicher Dauer durch beiderseitiges Entgegenkommen beigelegt.

Leipzig, 10. Dez. Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen siegte die Ordnungspartei, die Sozialdemokraten sind vollständig unterlegen.

Vest, 10. Dez. Das Unterhaus nahm das Finanzgesetz für das Jahr 1891 an, nachdem es der Ministerpräsident Szaparyy (äußerste Linke) und Apponyi (gemäßigte Opposition) gegenüber mit Entschiedenheit als seine Pflicht betont hatte, die staatsrechtliche Basis gegen jedwede Angriffe zu schützen. Durch die Annahme der Vorlage ist die Regierung in den Stand gesetzt, die begonnenen Reformarbeiten zu vollenden.

Luzern, 10. Dez. Die Thronbesteigung des Großherzogs wird in Berlin, Wien und London durch den Erbprinz Nikolaus von Nassau, in Paris durch den luxemburgischen Geschäftsträger Vammerus und in Rom durch den Staatsminister Cyschen. Als Ministerresidenten sind hier akkreditirt der Legationsrath Graf Wallwitz für Deutschland und der Botschaftsrath Rindire für Frankreich.

Petersburg, 10. Dez. Der „Regierungsanzeiger“ bringt eine längere Liste von Gütern, die auf Veranlassung der Reichs- und Ufels-Agrarbank öffentlich versteigert werden sollen.

Wie verlautet, würden die russischen Agrarbanken vom 1. Januar ab aufhören, sechsprozentige Obligationen auszugeben.

Bern, 10. Dez. Der vom Nationalrath angenommene Artikel 10 des Auslieferungsgesetzes bestimmt: Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt. Die Auslieferung wird bewilligt, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt, wenn die Handlung, um deren Willen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter des gemeinen Verbrechen oder Vergehens hat. Das Bundesgericht entscheidet in einzelnen Fälle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des frei zu ermittelnden Thatbestandes. Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrath dem ersuchenden Staate die Bedingung, daß der Auszuliefernde wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe.

Bern, 10. Dez. Die neue Viehseuchenkonvention mit Oesterreich-Ungarn bestimmt, daß, wenn einerseits in Tirol, Vorarlberg und Lichtenstein, andererseits in den Kantonen St. Gallen, Appenzell und Graubünden die Lungenseuche sich verbreitet, die Einfuhr von Hornvieh verboten werden kann. Wenn aus dem Gebiete des einen vertragschließenden Staates in den anderen eine ansteckende Thierkrankheit, bezüglich welcher die Anzeigepflicht besteht, eingeschleppt wird, kann die Einfuhr von Thieren aller derjenigen Gattungen, auf welche das Seuchentagium übertragbar ist, zeitweilig beschränkt oder verboten werden. Die Konvention soll am 1. März 1891 in Kraft treten, zwei Jahre dauern und bei Nichtkündigung um je ein Jahr verlängert werden.

Paris, 10. Dez. Die Deputirtenkammer hat den Gesetzesentwurf betreffend die Aufnahme einer 3prozentigen Anleihe zur Konsolidirung der Obligationen mit kurzem Einlösungstermin und der 30jährigen Obligationen bei der Abstimmung über die Vorlage im Ganzen genehmigt. Die Deputirten der Rechten, die Sozialisten und Boulangisten stimmten gegen den Entwurf. — Die Zollkommission berieht heute den Bericht Mezières über die Metallzölle und beschloß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zolles für Gußeisen, sowie für Roheisen und geschmolzenes Eisen, ferner die Zollfreiheit für Erze.

Madrid, 10. Dez. Der Generalkapitän der Philippinen meldete der Regierung, daß die spanische Expedition gegen die auführerischen Eingeborenen auf den Karolineninseln einen vollständigen Erfolg hatte. Die Eingeborenen wurden mit

großen Verlusten nach heftigem Kampfe zurückgeschlagen, wobei die Spanier 26 Tödt und 58 Verwundete hatten. Kanonenboote unterstützten den Angriff. Die Befestigungen der Feinde wurden zerstört.

London, 10. Dez. Eine heute Nachmittag in Guildhall unter dem Vorsitz des Lordmayors stattgehabte, zahlreich besuchte Versammlung sprach sich in einer Resolution gegen die Ausnahmegefetze aus, denen die Juden in Rußland unterworfen sind und beschloß, eine von dem Lordmayor unterzeichnete Petition an den Kaiser von Rußland zu richten, worin um die Aufhebung dieser Gefetze gebeten wird.

Settine, 10. Dez. An der Grenze kam es bei Dulcigno zwischen Montenegrinern und Malifforen in Folge eines Angriffes der Letzteren zu einem Handgemenge. Beide Parteien verloren je 2 Tödt. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um weiteren Ruhestörungen vorzubeugen.

London, 10. Dez. Der Castle-Dampfer „Durobian Castle“ ist heute auf der Ausreise von London abgegangen.

Der Castle-Dampfer „Drummond Castle“ hat heute auf der Ausreise Madeira passiert.

London, 10. Dezbr. Der Union-Dampfer „Mexican“ ist heute auf der Heimreise von Madeira abgegangen.

Paris, 11. Dez. Die Kammer nahm das Budget im Ganzen mit 363 gegen 54 Stimmen an. Die Rechte enthielt sich der Stimmabgabe. Vor der Abstimmung erklärte Dugué de la Feuconnerie (Rechte), er werde das Budget votiren, weil er glaube, es sei Zeit, daß die Mitglieder der Minorität frei und ehrlich die Republik acceptirten. Cassagnac erwiderte, die Republikaner hätten thatsächlich Gelegenheit gehabt, sich mit der Minorität zu verbinden, aber sie hätten so harte Bedingungen gestellt, die der Minorität geöffnete Pforte sei so niedrig gewesen, daß die Minorität in die Republik nicht eintreten konnte. Die Kammer vertagte sich nach der Abstimmung bis zum 18. Dezember. Das Budget und die Anleihevorlage wurden alsbald dem Senate übermittelt. Die Höhe der aufzunehmenden Anleihe wird im Momente der Emission mit Rücksicht auf den Stand des Geldmarktes festgestellt; der mutmaßliche Betrag ist 870 Millionen.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad
10. Nachm. 2	763,1	ND schwach	bedeckt	+ 0,7
10. Abends 9	764,1	=	bedeckt	- 0,5
11. Morgs. 7	764,9	ND leiser 3.	=	- 3,9
Am 10. Dezbr. Wärme-Maximum + 0,8° Cel.				
Am 10. = Wärme-Minimum - 0,8° =				

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Dezbr.	Morgens 1,60 Meter.
= = 10. =	Mittags 1,58 =
= = 11. =	Morgens 1,56 =

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Kurse.

Breslau, 10. Dez. Bismlich fest. 3 1/2 % ige L.-Pfundbriefe 97,00, 4 % ige ungarische Goldrente 90,10, Konsolidirte Türken 18,25, Türkische Loose 78,50, Breslauer Diskontobank 105,00, Breslauer Wechselbank 103,50, Schlesischer Bankverein 121,40, Kreditaktien 166,90, Donnersmarkt 83,25, Obereschlesische Eisenbahn 90,15, Doppelner Zement 108,00, Kramita 130,50, Laurahütte 134,60, Verein. Delfabr. 96,00, Oesterreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 235,10. \*) per ultimo. Schle. Zinkaktien 200,00, Obereschl. Portland-Zement 123,50, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 123,00, Flöther Maschinenbau 117,50.

Frankfurt a. M., 10. Dezbr. Effekten-Sozietät (Schluß). Kreditakt. 265 1/2, Franzosen 212 1/2, Lombarden 117 1/2, Galizier —, Egypter —, 4 % ungar. Goldrente —, 1880er Russen —, Gottfardbahn 160,00, Diskonto-Kommandit 207,10, Dresdner Bank 152,50, Laurahütte 134,70, Gelsenkirchen 172,50, Courl Bergwerk —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Türkische Tabaksaktien —, Berliner Handelsgesellschaft —, Portugiesen —, Rubig.

Privatdiskont. — Prozent.

Wien, 10. Dez. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 356,75, österr. Kreditaktien 301,75, Franzosen 241,75, Lombarden 134,00, Galizier 202,75, Nordwestbahn 215,50, Elbethalbahn 220,00, österr. Papierrente 88,95, do. Goldrente 107,70, 5proz. ungar. Papierrente 99,70, 4proz. do. Goldrente 102,40, Marknoten 56,60, Napoleons 9,12, Bankverein 116,50, Tabaksaktien 144,25, Alpine Montan 89,75, Unionbank 238,25, Länderbank 218,25. Befestigt.

Paris, 9. Dezbr. (Boulevard-Verkehr.) 3 % Rente 95,67, Italiener 94,22, 4 % ungar. Goldrente 91 1/2, Türken 18,57, Türkenloose 77,25, Spanier 75,18, Egypter 486,62, Banque Ottomane 611,25, Rio Tinto 600,00, Tabaksaktien 331,87, Panama-aktien —, Träge.

Petersburg, 10. Dezbr. Wechsel auf London 85,65, Russ. II. Orientanleihe 104 1/2, do. III. Orientanleihe 107, do. Bank für auswärtigen Handel 276, Petersburger Diskontobank 612, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 508, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfundbriefe 140, Große Russ. Eisenbahn 217, Russ. Südwestbahn-Aktien 113.

London, 10. Dezbr. Abends. Preussische Consols 105 1/2, engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/2, konz. Türken 18 1/2, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 98 1/2, Italiener 93 1/2, 4proz. ungarische Goldrente 90 1/2, 4proz. unific. Egypter 95 1/2, Ottomanbank 14 1/2, 6proz. konsol. Mexikaner alte 92 1/2, neue Mexikaner 2 1/2proz. verbe Silber 47 1/2, Lombarden —, 3 1/2proz. Egypter —, De Beers 17 1/2, Rio Tinto —, Suezaktien —, Canada Pacific —, 4 1/2proz. Rupees —.

Aus der Bank flossen 350 000 Pfd. Sterl. nach Nordamerika. Rio de Janeiro, 9. Dez. Wechsel auf London 22 1/2.

#### Produkten-Kurse.

Köln, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, do. fremder loco 22,00, per März 19,55, per Mai 19,90. Roggen hiesiger loco 17,50, fremder loco 19,25, per März 17,35, per Mai 17,25. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00. Rüböl loco 63,00, per Mai 59,20.

Bremen, 10. Dez. Petroleum. (Schlußbericht) ruhig, fest, Standard white loco 6,20 Br. Norddeutsche W.-Kammerei 191 Br. Aktien des Norddeutschen Lloyd 147 1/2 Br.



Hamburg, 10. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 83 1/2, per März 77 1/2, per Mai 76. per Sept. 72 1/2. Rubig.

Hamburg, 10. Dez. Zudermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben- Rohzuder I. Produkt Basis 8 pCt. Rendement neue Ulfance, frei am Bord Hamburg per Dez. 12,37 1/2, per März 1891 12,85, per Mai 12,10, per August 13,42 1/2. Unthätig.

Hamburg, 10. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteimischer loco neuer 184-186. Roggen loco fest, mecklen- burg. loco neuer 180-190, russischer loco fester, 130-135. Hafer fest. - Gerste fest. - Rüböl (unverzollt) fest, loco 60. - Spiritus fest, per Dezember 36 1/2 Br., per Dezember-Januar 36 1/2 Br., per April-Mai 35 1/2 Br., per Mai-Juni 35 1/2 Br. - Kaffee rubig. Umsatz - Sad. Petroleum rubig. Standard white loco 6,20 Br., per Dezemb. 6,10 Br., 6 Gd. - Wetter: Trübes Frost- wetter.

Hamburg, 10. Dezbr. Produktenmarkt. Weizen loco fester, per Frühjahr 8,05 Gd., 8,07 Br. Hafer per Frühjahr 7,17 Gd., 7,19 Br. - Mais per Mai-Juni 1891 6,24 Gd., 6,26 Br. - Kohl- rapf per Aug.-Sept. 1891 13,30 a 13,35. Wetter: Kalt.

Paris, 10. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Dezember 26,80, per Januar 26,40, per Januar-April 26,40, per März-Juni 26,60. Roggen fest, per Dezember 17,10, per März-Juni 17,90. Mehl fest, per Dezember 58,50, per Januar 58,60, per Januar-April 58,60, per März-Juni 58,80. Rüböl rubig, per Dezember 63,25, per Januar 64,00, per Januar-April 64,75, per März-Juni 65,25. - Spiritus rubig, per Dezember 36,50, per Januar 37,25, per Januar-April 38,00, per Mai-August 39,75. - Wetter: Kalt.

Paris, 10. Dez. (Schlußbericht.) Rohzuder 888 rubig, loco 33,00 a 33,50. Weißer Zuder rubig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezbr. 35,75, per Januar 36,00, per Januar-April 36,37 1/2, per März-Juni 37,00.

Savre, 10. Dez. Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Hauffe. Rio 20 000 Sad. Santos 28 000 Sad. Recettes für 3 Tage.

Savre, 10. Dez. Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Dezember 103,25, per März 1891 97,50, per Mai 95,75. Rubig.

Amsterdam, 10. Dez. Bancazinn 55 1/2. Amsterdam, 10. Dez. Java-Kaffee good ordinary 58. Amsterdam, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 222, per Mai - Roggen loco höher, do. auf Termine unverändert, per März 158 a 159 a 160 a 159 a 158, per Mai 154 a 156. Raps per Frühjahr - Rüböl loco 31, per Mai 1891 29 1/2, per Herbst 29 1/2.

Antwerpen, 10. Dezbr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 bez. und Br., per Dezember - bez., 15 1/2 Br., per Januar - bez., 16 1/2 Br., per Januar- März - bez., 16 1/2 Br. Fest.

Antwerpen, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer rubig. Gerste unverändert.

London, 10. Dez. 96 pCt. Tabakzuder loco 14 1/2 rubig, Rüben- Rohzuder loco 12 1/2 rubig, Centrifugal Ruba - London, 10. Dez. Schiffs-Kupfer 54 1/2, per 3 Monat 55. London, 10. Dez. An der Küste 2 Weizenladung ange- boten. - Wetter: Heiter, Frost.

London, 10. Dez. Wollauktion. Unverändert bei steigender Tendenz.

London, 10. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 40 760, Gerste 2410, Hafer 55 650 Qrt. Weizen fast nominell, unverändert, übrige Artikel sehr rubig, stetig.

Glasgow, 10. Dez. Rohhefen. (Schluß.) Mixed numbrs Warrants 46 lb. 7 1/2 d. Hull, 9. Dez. Getreidemarkt. Weizen rubig, aber stetig. - Wetter: Trübe. Leith, 10. Dez. Getreidemarkt. Alle Artikel fest, aber still.

Liverpool, 10. Dezbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Fest.

Mittel amerikanische Lieferungen: Dezember - Dezember- Januar 5 1/2 Käuferpreis, Januar-Februar 5 1/2 do., Februar- März 5 1/2 do., März-April 5 1/2 do., April-Mai 5 1/2 do., Mai- Juni 5 1/2 do., Juni-Juli 5 1/2 do., Juli-August 5 1/2 do., August-September 5 1/2 do. do.

Liverpool, 10. Dez. (Weitere Meldung.) Egyptian brown fair 5 1/2, Egyptian brown good fair 6 1/2.

Newyork, 9. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New- York 9 1/2, do. in New-Orleans 9. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,25 Gd., do. in Philadelphia 7,25 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,00, do. Pipe line Certificates per Januar 6 1/4. Fest. Schmalz loco 6,10, do. Rohe u. Brothens 6,50. Zuder (Fair refining Muscovados) 4 1/2. Mais (New) Januar 62 1/2. Rother Winterweizen loco 104 1/2. - Kaffee (Fair Rio-) 19 1/4. Mehl 3 D. 70 C. Getreidefracht 2. Kupfer per Januar 15,75. Weizen per Dezember 102 1/2, per Januar 103 1/2, per Mai 105 1/2. - Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per Januar 16,32, per März 15,42.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Pro- dukte betrug 6 426 905 Dollars.

Berlin, 11. Dez. Wetter: Frisch. Newyork, 10. Dez. Rother Winterweizen per Dezember 1 D. 03 1/2 C., per Januar 1 D. 03 1/2 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. Dez. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist wenig veränderten, theilweise etwas ab- geschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft im Allgemeinen ruhig und nur zeitweise wurden Ultimowerte lebhaft gehandelt.

Im weiteren Verlaufe des Verkehrs trat vorübergehend in Folge von Deckungskäufen eine kleine Befestigung hervor, doch schloß die Börse wieder schwach.

Der Kapitalmarkt erwies sich ziemlich fest für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umläufen und fremde festen Zins tragende Papiere waren zumeist behauptet; russische Anleihen lagen schwach, ungarische 4prozentige Goldrente und Italiener fest; russische Renten matter.

Der Privatdiskont wurde mit 5 1/4 Prozent notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Kreditaktien unter Schwankungen ziemlich behauptet; Franzosen und Lombarden fest, Dux-Bodenbach und andere österreichische Bahnen schwächer, Schweizerische Bahnen matt.

Inländische Eisenbahnaktien fest und theilweise lebhafter, namentlich Ostpreussische Südbahn und Marienburg-Mlawka. Banantien lagen schwach und rubig; die spekulativen Devisen etwas lebhafter und unter Schwankungen theilweise abgeschwächt. Industripapiere wenig verändert und rubig, Montanwerthe ziemlich fest, aber wenig belebt!

Produkten-Börse. Berlin, 10. Dez. An der heutigen Getreidebörse zeigte sich für Weizen trotz der festeren Preise aus Newyork wenig Interesse. Bei stillem Geschäft blieb der laufende Termin unverändert, Früh- jahr büßte ca. 1/2 M. ein. Roggen eröffnete etwas höher, da bei dem wieder kälteren Wetter das Eintreffen neuer Zufuhren ferner hinausgerückt ist. Der Rückgang der russischen Noten und ver- mehrtes Angebot drückten dann auf den Markt, so daß die Preise sich auf etwas unter gestrigen Schluß ermäßigten. Hafer war etwas schwächer; das Angebot von Rahnladungen aus Schlesien dauert fort. Roggenmehl still und schwach. Rüböl still und wenig verändert. Spiritus wurde gestern nach der Börse durch Deckungskäufe um 50 Pf. getrieben. Heute dauerten diese Käufe an, so daß die Preise unter Schwankungen um reichlich 1 M. stiegen. Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilo-

gramm. Loko still. Termine fast geschäftslos. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 185-195 M. nach Qua- lität. Lieferungsqualität 190 Mark, per diesen Monat - bez., per Dezember-Januar - bez., per März-April - bez., per April- Mai 193 bez., per Mai-Juni - bezahlt, per Juni-Juli - bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko matter. Termine schließen niedriger. Gefündigt 550 Tonnen. Kündigungspreis 180 1/2 M. Loko 174 bis 184 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 180 M., inländischer klammer 176, mittel 177-179, feiner 180-181 ab Bahn bez., per diesen Monat 180,5-181-179,5-180 bez., per Dezember-Januar - bez., per Jan.-Februar - bez., per April- Mai 171,75-172,25-171-25 bez., per Mai-Juni 168,25-5 bis 167,5-75 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Flau. Große und kleine 130 bis 200 M. nach Qualität. Futtergerste 136-146 M. Hafer per 1000 Kilogr. Loko still. Termine niedriger. Gefündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 143,5 M. Loko 140 bis 155 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M., pommerischer, preussischer und schlesischer mittel bis unter 142-145, feiner 148 bis 154 ab Bahn bez., per diesen Monat 144-143,25 bez., per Dezember-Januar - bez., per Februar-März - bez., per April-Mai 141 bis 140,75 bezahlt, per Mai-Juni 142-141,75 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine still. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 139 bis 147 M. nach Qualität, per diesen Monat 138 bez., per Dezember- Januar - bez., per April-Mai 1891 132-25 bezahlt, per Mai- Juni - bez.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 160-200 M., Futterwaare 140-146 M. nach Qualität. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sad. Termine niedriger. Gef. - Sad. Kündigungspreis - M., per diesen Monat 25,10-25 bez., per Dezember-Jan. - bz., per Jan.-Februar 1891 - bez., per Februar-März - bez., per April- Mai 1891 24-23,85 bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loko 23,00 M. Feuchte Kartoffelstärke per diesen Monat - M., per Nov.-Dezember - M. Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sad. Loko 23,00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Still. Gefündigt - Tr. Kündigungspreis - M. Loko mit Faß - bez., loco ohne Faß - bez., per diesen Monat 58,7 bez., per April-Mai 57,3-2 bezahlt.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Kosten von 100 Tr. - M. Termine - Gefündigt - Kilogr. Kündigungspreis - M. Loko - M. Per diesen Monat - M., per Nov.-Dez. - M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Tr. Kündi- gungspreis - M. Loko ohne Faß 66 bez., per diesen Monat - , per September-Oktober -

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Tr. Kündi- gungspreis - M. Loko ohne Faß 46,6 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Tr. Kündi- gungspreis - M. Loko mit Faß - , per diesen Monat -

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Steigend. Gef. - Liter. Kündigungspreis - Mark. Loko mit Faß - , per diesen Monat, per Dezember-Januar und Januar-Februar 1891 46 bis 45,9-46,4 bez., per April-Mai 46,6-4-7 bez., per Mai-Juni 46,7-6-9 bezahlt, per Juni-Juli 47-3 bezahlt, per Juli- August 47,3-6 bez., per August-September 48,1-47,8-49 bez.

Weizenmehl Nr. 00 27,5-26, Nr. 0 25,75-24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 25,25-24,75, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 26,25-25,25 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4 1/4 M. 1 Rub. = 3 1/2 M. 20 Pf. = 7 fl. södd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.